

nicht ein Wort ohne meine Genehmigung, und thäte er hier das Gegenteil, wäre er sicher, nicht mehr mein Minister zu bleiben.“ Seine Regierung habe kein Allianzverhältnis zu Österreich, sondern halte sich lediglich, wie die anderen Staaten, dem Bunde zur Verfügung, könne deshalb aber auch bei einem Angriff die Unterstützung der andern Bundesglieder beanspruchen. Er glaube nicht, daß Österreich zum Angriff gegen Preußen vorgehen werde; von einer sächsisch-österreichischen Offensivstellung bei Riesa könne daher gar nicht die Rede sein. Die Aufrechterhaltung einer Neutralität Sachsens sei im Ernstfalle kaum möglich; habe doch auf eine Bemerkung der Leipziger Zeitung, die eine solche Neutralität empfahl, die für ministeriell geltende Norddeutsche Allgemeine Zeitung bemerkt, daß an der Freundschaft eines kleinen Staates weniger gelegen sei als an einem günstigen Schlachtfeld. Die süddeutschen Staaten rüsteten ja ebenfalls; warum seien denn gerade die Rüstungen Sachsens preußenfeindlich? Daß König Wilhelm Sachsens Antrag beim Bunde nicht unfreundlich aufgenommen habe, freue ihn; er möge darauf nur feierlich erklären, daß kein preußischer Soldat die sächsische Grenze überschreiten werde, so lange sie nicht von einem österreichischen Soldaten überschritten worden sei, so könne sofort die gegenseitige Abrüstung an der Grenze erfolgen. Aber einer Drohung, wie sie die preußische Note vom 27. April enthalte, könne auch ein kleiner Staat ohne Demütigung sich nicht fügen. Auf die Bemerkung über die Vollkommenheit der sächsischen Kommunikationen bemerkt Johann, daß ein paar preußische Armeekorps im Stande seien, Sachsen die Erfüllung seiner Bundespflichten unmöglich zu machen. Noch jetzt sei eine allgemeine Abrüstung möglich, weil im Grunde niemand Lust habe anzufangen. Die Frage der Elbherzogtümer sei allerdings ungelöst; komme sie zur Erörterung, so könne er nur für das eintreten, was er für Recht halte. — Dieser mannhafte Brief, wohl vom 8. Mai, liegt uns nur im Konzept vor, ist aber sicher abgegangen; eine Antwort darauf hat König Johann, soweit wir wissen, nicht bekommen.

Noch fünf Wochen vergingen in banger Spannung, bis die denkwürdige Sitzung der Bundesversammlung vom 14. Juni die Entscheidung brachte. Am 15. Juni überreichte der preußische Gesandte v. d. Schulenburg in Dresden das preußische Ultimatum; auf Sachsens ablehnende Antwort erfolgte noch an demselben Tage die Kriegserklärung und der Einmarsch der preußischen Truppen. Die sächsische Armee ging nach